

Sitzungsperiode 2019-2020
Sitzung des Ausschusses III vom 5. Dezember 2019

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 74 von Herrn HILLIGSMANN (ProDG) an Minister MOLLERS zu den Kinderbetreuungs-Inspektoren**

Die Regierung hat am 11. Oktober 2019 per Erlass entschieden, dass sich in Zukunft Inspektoren mit der Begleitung, Beratung und Kontrolle der sogenannten anerkannten Dienstleiter und der in der Kinderbetreuung tätigen Personen beschäftigt werden.

Die mit der Begleitung, Beratung und Kontrolle beauftragten Inspektoren dürfen alle Untersuchungen, Kontrollen und Ermittlungen vornehmen und auch Auskünfte einholen.

Hier meine Fragen:

- *Wer sind diese Inspektoren?*
- *Wer ist ihr direkter Vorgesetzter?*
- *Warum will die Regierung die Kontrolle in der Kinderbetreuung verschärfen?*

- **Frage Nr. 75 von Frau SCHMITZ (ProDG) an Minister MOLLERS zu ärztlichen Attesten für Schüler**

Die Regierung hat durch einen Erlass festgelegt, dass ärztliche Bescheinigungen, in denen kein Enddatum festgelegt worden ist, nur bis Ende des laufenden Schuljahres gültig sind, damit Eltern nicht länger punktuelle Abwesenheiten ihrer Kinder mit diesem „Blanco Check“ rechtfertigen können.

Dazu habe ich folgende Fragen:

- *Besitzt die Regierung statistisches Material, wie häufig Attests ohne Enddatum im Schulbetrieb von den Eltern eingesetzt worden sind?*
- *Wie lange bleiben Schüler durch den Einsatz dieser Atteste dem Unterricht fern?*
- *Wie schwerwiegend ist der Einsatz von Attesten ohne Enddatum für den Schulbetrieb?*

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen den von den Fragestellern hinterlegten Originalfassungen.

- **Frage Nr. 76 von Frau SCHMITZ (ProDG) an Minister MOLLERS zur Absichtserklärung zwischen den Benelux-Ländern und den baltischen Ländern über die Automatisierung der gegenseitigen Anerkennung von Hochschuldiplomen**

Die Bildungsminister der Benelux-Länder und der baltischen Länder haben eine Absichtserklärung unterschrieben, die vorsieht die Hochschuldiplome gegenseitig anzuerkennen.

Hierzu möchte ich folgende Fragen stellen:

- *Welchen konkreten Mehrwert bietet uns das Abkommen mit den baltischen Ländern?*
- *Sind gewisse Hochschuldiplome von der Absichtserklärung ausgenommen?*
- *Haben die Benelux-Länder auch mit anderen Ländern eine solche Absichtserklärung abgeschlossen?*

- **Frage Nr. 77 von Frau SCHMITZ (ProDG) an Minister MOLLERS zur Theaterpädagogik an Schulen**

2009 hat die Theatergruppe Agora von der DG-Regierung den Auftrag erhalten, ein theaterpädagogisches Konzept für ostbelgische Schulen auszuarbeiten und umzusetzen. Der damalige Unterrichtsminister Oliver Paasch und Kulturministerin Isabelle Weykmans haben das Projekt finanziell unterstützt.

- *Trägt das Projekt – auch 10 Jahre später – noch Früchte?*
- *Investiert die Regierung auch weiterhin in dieses Projekt?*
- *Stehen Neuerungen an?*

- **Frage Nr. 78 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister MOLLERS zur Finanzierung „Journal des enfants“**

Um den Französischunterricht vor allem in der Oberstufe der Primarschule interessant zu gestalten, greifen einige Schulen auf die wöchentlich erscheinende Kinderzeitung „Journal des enfants“ zurück. Auf 8 Seiten werden den 9 bis 13 Jährigen auf ansprechende Art und Weise die Aktualität und das Geschehen auf der Welt erklärt.

Die Zeitung bietet den Schülern einen konkreten Bezug zum Alltag in französischer Sprache und bietet tolle Differenzierungsmöglichkeiten, auch für die französischsprachigen Kinder in den Klassen. Zusätzlich bietet die Zeitschrift pädagogisches Begleitmaterial für die Lehrpersonen, das im Unterricht eingesetzt werden kann.

Einmal im Monat erscheint außerdem eine Sonderausgabe, bei der ein Thema besonders intensiv unter die Lupe genommen wird.

Die Französischsprachige Gemeinschaft finanziert den Schulen das Abonnement dieser Zeitung.

Daher meine Fragen an Sie, Herr Minister:

- *Wäre die Deutschsprachige Gemeinschaft ebenfalls dazu bereit, die Finanzierung eines Abonnements der Zeitung „Journal des enfants“ zu übernehmen?*

• **Frage Nr. 79 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister MOLLERS zu Sprachlernklassen/Sprachlernkursen für erstankommende Schüler**

Im Maßnahmendekret von Juni 2017 wurde das Dekret zur Beschulung von erstankommenden Schülern angepasst. Die Anzahl der neuankommenden Schüler ist in den letzten Jahren so erheblich gestiegen, dass nicht mehr nur die jeweilige Schule diese Schüler mit eigenen Ressourcen sowie durch Differenzierungsmaßnahmen im Unterricht fördern kann.

Im Dekret wird die Organisation von Sprachlernklassen für erstankommende Schüler ab dem 3. Kindergarten bis zum Ende der Sekundarschule ermöglicht. Aus organisatorischen Gründen können gegebenenfalls an einzelnen Grundschulen keine Sprachlernklassen angeboten werden, dort sollen dann intensive Sprachlernkurse vor Ort angeboten werden. Auch gibt es seit einiger Zeit eine Ausbildung „Deutsch als Zweitsprache“ an der Autonomen Hochschule, die die Teilnehmer befähigen soll, in solchen Klassen bzw. Kursen zu unterrichten.

Daher meine Fragen an Sie, Herr Minister:

- *Wie viele Sprachlernklassen bzw. Sprachlernkurse werden zurzeit organisiert?*
- *Wie viele Lehrpersonen absolvierten bisher die Zusatzausbildung „Deutsch als Zweitsprache“*
- *Wie viele von ihnen arbeiten seitdem in einer Sprachlernklasse bzw. in einem Sprachlernkurs?*

• **Frage Nr. 80 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister MOLLERS zur CAP-Lehrbefähigung an der AHS**

Im Dezember 2018 befragte Sie mein Vorgänger Marc Niessen zur Lehrbefähigung an der AHS. Dies natürlich auch in Hinblick auf den aktuellen Lehrermangel. Er wollte wissen, ob es möglich sei, die Lehrbefähigung an der AHS für den bezahlten Bildungsurlaub zulässig zu machen. Sie antworteten ihm, dass Sie den Wirtschafts- und Sozialrat bitten wollen, sich mit dieser Frage zu befassen. Auch erwähnten Sie, dass sich eine Arbeitsgruppe seit längerer Zeit mit der Überarbeitung der Lehrbefähigung befasse. Meine Überlegungen gehen noch einen Schritt weiter, seitdem die Autonome Hochschule uns ihre neue Aufnahmeprüfung vorgestellt hat.

Daher meine Fragen an Sie, Herr Minister:

- *Haben Sie, ein Jahr später, eine Antwort auf die damalige Frage, ob die Lehrbefähigung der AHS für den bezahlten Bildungsurlaub zugelassen werden kann?*
- *Wo steht die Arbeitsgruppe mit der Überarbeitung der Lehrbefähigung?*
- *Ist auch hier ein Eignungstest, wie bei der Aufnahmeprüfung der AHS für Kindergärtner und Primarschullehrer seit diesem Jahr eingeführt, angedacht?*

• **Frage Nr. 81 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister MOLLERS zur personellen Situation der Kinderkrippe in Eupen**

Vergangene Woche erreichte uns ein Brief, der den Eltern der Kinderkrippe in Eupen zugestellt wurde.

In diesem Brief wird erklärt, dass Betreuungszeiten nicht vertragsgerecht gewährleistet werden können, da die Krippe an einigen Tagen bereits um 17 Uhr schließt. Außerdem müsse die Betreuung einiger Kinder an manchen Tagen völlig entfallen.

Auch bittet das RZKB die Eltern darum, ihr Kind an Tagen, an denen es ihnen möglich ist, zu Hause zu betreuen, später zur Krippe zu bringen oder sie früher abzuholen.

Die Begründung überrascht wenig: personelle Engpässe, die offenbar noch längere Zeit andauern könnten.

Immer wieder haben wir nach diesen personellen Engpässen in der Kleinkindbetreuung gefragt und uns wurde immer wieder versichert, dass es sich nur um Einzelfälle handelt.

Auch habe die Einführung der Kindergartenassistenten nur eine geringe Auswirkung auf das Personal in der Kleinkindbetreuung gehabt.

Ich denke, wir erleben gerade, dass das Gegenteil der Fall ist: Aufgrund eben dieser personellen Engpässe – die sich meinem Vernehmen nach mehr und mehr zuspitzen – ist das RZKB zum Teil nicht im Stande, seinen vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den zahlenden Eltern nach zu kommen.

Daher meine Fragen an Sie, Herr Minister:

- *Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die personellen Engpässe in der Kinderkrippe Eupen schnellstmöglich zu beheben, so dass zumindest die bereits getroffenen vertraglichen Vereinbarungen mit zahlenden Eltern erfüllt werden können?*
- *Wie hoch ist effektiv der Personalmangel im Bereich der Kleinkindbetreuung in der DG?*
- *Gab es in diesem Bereich in den vergangenen zwölf Monaten eine negative Entwicklung?*

• **Frage Nr. 82 von Frau SCHOLZEN (ProDG) an Minister MOLLERS zur schulischen Inklusion**

Im Jahre 2008 trat die „Behindertenrechtskonvention“ der Vereinten Nationen in Kraft, die auch seitens der DG ratifiziert wurde und Mitte November 2010 verabschiedete die Europäische Union dann ihre „Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen“. Zu der Zeit entstand in Ostbelgien das Zentrum für Förderpädagogik als eines der wichtigsten Ergebnisse des Förderdekretes der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Somit steht das Jahr 2019 im Zeichen der Eventreihe: "10 Jahre Förderdekret - 10 Jahre Inklusion!? Grenzen und Möglichkeiten". Dies hat für zahlreiche Diskussionen und Debatten rund um das Thema Inklusion, dessen Bedeutung und Zukunft gesorgt.

Was bedeutet Inklusion? Wie kann sie gelingen? Wie realistisch ist Inklusion im Alltag?

Inklusion bedeutet vereinfacht, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in allen Bereichen. Also im Grunde hat jeder Einzelne das Recht, selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Zur Erinnerung: als Antwort auf eine Frage des Kollegen, sind sie Herr Minister Mollers, schon ausführlich auf die Prozedur eingegangen, die den Förderbedarf jedes einzelnen Schülers festlegt. Ebenso wurde auf die Akteure verwiesen, Kaleido, Fachleute des ZFP, Pädagogen, Vertreter der Schulen und natürlich die Eltern, die gemeinsam die Entscheidung treffen, welcher Förderbedarf vorhanden ist und die jährliche Evaluierung dieser Entscheidung.

Ich möchte in meiner Frage auf den pragmatischen Ansatz eingehen, der auch den Leitfaden im Förderdekret bestimmt: "Jede Schule ist eine Förderschule, jeder Schüler ein Förderschüler" und wie es auf der Veranstaltung der gemeinsamen Grundschule Bütgenbach geheißen hat: Jeder Lehrer ist ein Förderlehrer. Ziel ist es alle Schüler zu fördern, unter Berücksichtigung ihrer Begabungen und Schwächen.

Als Paradebeispiel gilt Sie mittlerweile, die gemeinsame Grundschule in Bütgenbach. Hier haben das Zentrum für Förderpädagogik und die Grundschule fusioniert, um die Schüler gemeinsam zu beschulen. Das Ganze natürlich mit der Unterstützung von Förderpädagogen und Paramedizinern, als auch der Möglichkeit den Unterricht in kleinen Gruppen und bedarfsorientierte zu organisieren.

Dennoch wurden jüngst Stimmen laut, dass die effektive Umsetzung von Inklusion - gerade im schulischen Bereich - unzureichend umgesetzt wird. Hauptsächlich die freie Schulwahl der Eltern, wurde als nicht gegeben beurteilt. Gefordert wurde ein Umdenken in der Gesellschaft sowie eine bessere finanzielle Ausstattung.

Meine Fragen sind nun folgende:

- *Welche Projekte sind im Bereich der Inklusion und der Förderpädagogik geplant?*
- *Wie steht die Regierung zu der Aussage, dass im Bereich schulische Inklusion noch Nachholbedarf besteht?*

• **Frage Nr. 83 von Herrn SERVATY (SP) an Minister MOLLERS bezüglich der Inklusion und Integration an Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

In der Grenz-Echo-Ausgabe vom 20. November 2019 wurde das Thema Inklusion in der Folge eines Elternabends der Frühhilfe Ostbelgien im Alten Schlachthof thematisiert. Die Integration sowie die Inklusion im Alltagsleben und insbesondere an Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft stellen eine große Herausforderung dar, die die DG bereits in der Vergangenheit immer sehr ernstgenommen hat. Nicht umsonst attestieren auswärtige Beobachter etlichen auf dem Gebiet der DG existierenden Angeboten Vorbildcharakter.

Uns ist es wichtig, dass, neben dem Vermitteln von Lerninhalten und Kompetenzen durch die Schulen auch der soziale Zusammenhalt gestärkt wird. In der Praxis erhalten alle Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Unterstützung bei der Integration von Schülern mit besonderem Förderbedarf. In Bütgenbach befindet sich zudem eine inklusive Schule, in der man allerbeste Bedingungen vorfindet, um das Zusammenleben aller Schüler zu gewährleisten, eine belgienweite Premiere.

Dem Zeitungsartikel zufolge sei man in Ostbelgien in Sachen Inklusion „sehr ambitioniert gestartet, aber dann habe es beim Thema Inklusion ‚Rückschritte‘ gegeben“.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Wie bewerten Sie die Aussagen und den Forderungskatalog der Frühhilfe Ostbelgien?*
- *Wird die Einrichtung einer Gemeinsamen Grundschule ähnlich der in Bütgenbach auch im Norden der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Betracht gezogen?*